

## Europa kann mehr!

Der europäische Einigungsprozess: bislang eine Erfolgsgeschichte, die weltweit ihresgleichen sucht. Was als wirtschaftliche Zweckgemeinschaft einiger weniger Staaten begann, entwickelte sich größtenteils zu einer starken Wertegemeinschaft. Viele Menschen führen in der EU ein gutes Leben in Sicherheit und Wohlstand. Doch die starke ökonomische und politische Stellung Europas in der Welt ist gefährdet – durch Entwicklungen von außen, aber zunehmend auch durch eigene Defizite wie nationale Egoismen und einen gewissen Hang zu Lethargie und Mikromanagement. Damit die EU nicht ins Abseits gerät, mehr noch: damit sie vielleicht in neuem Glanz erstrahlt, muss jetzt unbedingt gegengesteuert werden. Die Europawahl im Juni bietet gute Chancen für eine Neujustierung.

### Nach der Europawahl: Errungenschaften verteidigen

Einige der größten Errungenschaften der EU liegen in ihrem Binnenmarkt und dessen Grundfreiheiten begründet: dem freien Verkehr von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kapital. Dieser Grundstock, noch zu ergänzen um Vielfalt und Meinungsfreiheit, muss stets aufs Neue verteidigt werden. Die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie, die mehr als die Hälfte ihrer Exporte in andere EU-Staaten liefert, sagt seit jeher klar „Ja“ zu Europa.

Abschottung, nationalistische Egotrips und gestrige Narrative sind in unserer immer enger verflochtenen Welt nicht zielführend – weder für die Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen noch für die Partner der EU. Nur eine starke und offene Gemeinschaft mit wettbewerbsfähiger und zukunftsorientierter Industrie kann Lösungen mitgestalten für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen, für nachhaltige Wertschöpfung und Wohlstand und für gesellschaftlichen Wandel. Die EU als Kristallisationspunkt für innovative Zukunftstechnologien – dieses Ziel müssen wir verwirklichen.

### Industriepolitische Agenda aufsetzen

Doch wie kommen wir dahin? Was bringt die Wirtschaft weiter? Die Antwort lautet: Pragmatismus, Schnelligkeit und weniger Bürokratie. Leider ist eher das Gegenteil der Fall. Die EU ist in vielem zu kleinkariert, übergriffig und verzagt geworden. Für die kommende Legislaturperiode wirbt die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie deshalb für einen neuen Politikstil: Die EU muss mehr fördern, Anreize schaffen, Freiräume lassen – und insgesamt für ein Umfeld sorgen, in dem sich unsere Branche angemessen entfalten kann.



**Dr. Markus Steilemann**  
VCI-Präsident



# Vorfahrt für Wettbewerbsfähigkeit und Transformation

**Europa hat die Segel in Richtung Transformation gesetzt. Das ist gut und richtig, denn der Green Deal der EU-Kommission kann zum erfolgreichen Markenkern der EU werden. Doch dazu bedarf es in der kommenden EU-Legislaturperiode deutlicher Korrekturen – auch am derzeitigen Politikstil. Denn dieser gefährdet den Industriestandort und die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Industrie.**

Ohne erkennbare industriepolitische Prioritätensetzung droht Europa ein doppeltes Scheitern: Die EU verfehlt ihre selbst gesteckten Transformationsziele und verliert die Wirtschaftskraft ihrer Unternehmen. Das gilt es zu verhindern. Folgende vier Bausteine müssen ein solides Fundament für eine Legislatur von 2024 bis 2029 bilden, die den Weg in eine klimaneutrale, zirkuläre und digitale Wirtschaftsweise eröffnet – mit einer starken Industrie als Wohlstandsgarant.

## Masterplan für die Industrie

Im Vergleich zu anderen Regionen ist Europa zu teuer, zu unbeweglich und zu bürokratisch. Anstatt die Deindustrialisierung durch Überregulierung sowie hohe Preise und mangelnde Sicherheit bei der Energieversorgung weiter zu befeuern, muss die kommende Legislatur zu einem Jahrfünft des industriellen Revivals werden. In einen „Masterplan für Wettbewerbsfähigkeit und Transformation“ gehören vor allem der massive Ausbau von bezahlbarer Energie aus erneuerbaren Quellen und beschleunigte Genehmigungsverfahren.



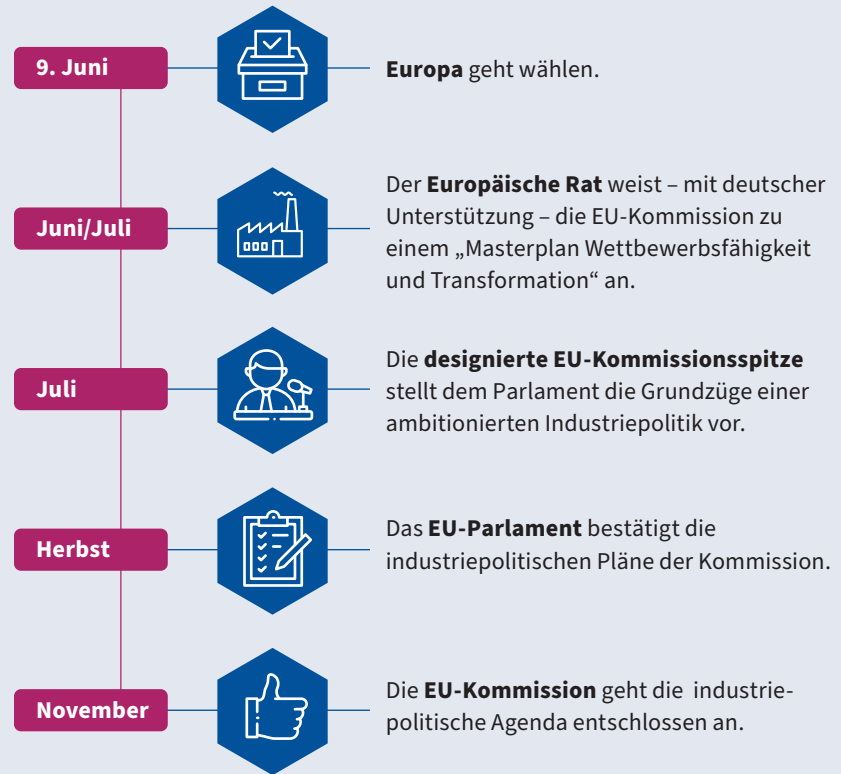
## Offener Handel

Eine offensive handelspolitische Agenda muss Priorität haben, damit lukrative Handelsabkommen und weitreichende Partnerschaften für eine diversifizierte Rohstoffsicherung geschlossen werden können. Stabile Beziehungen zu den USA und China sind dabei von strategischer Bedeutung – zumal effektiver Klimaschutz nur im internationalen Schulterschluss gelingt, etwa im Rahmen des geplanten Klimaclubs.



## 2024: Start in eine neue industriepolitische Ära

So könnten die EU-Meilensteine 2024 aussehen



## Agenda für Innovationen

Forschung und Entwicklung sind die Basis des wirtschaftlichen Erfolgs. Wegen Rechtsunsicherheit und fehlender Offenheit gegenüber potenziellen Technologien und Verfahren – beispielsweise chemisches Recycling, Gene-Editing oder die Abscheidung, Nutzung und Speicherung von Kohlenstoff – läuft Europa Gefahr, im weltweiten Forschungsranking weiter abzurutschen. Stattdessen müsste die EU voll auf Technologieoffenheit und Pragmatismus setzen.



## Schlanke und effektive Regulierung

EU-Gesetzgebung sollte Unternehmen fördern statt behindern, damit die Ziele des Green Deals erreicht werden. Nachdem zuletzt Verbote und Mikromanagement regierten, müssen ab 2024 wieder bewährte sowie neue Ansätze für eine bessere Rechtsetzung und Chemikalienpolitik angewendet werden. Dazu gehört die Vorabprüfung von Maßnahmen auf mögliche Zielkonflikte, die Prüfung bestehender Gesetze auf Wettbewerbsfähigkeit und das „One-in-one-out-Prinzip“.



## Der Mittelstand – von EU-Regulierungsflut besonders betroffen

Mit rund 1.900 Unternehmen und 175.000 Beschäftigten bildet der Mittelstand das Rückgrat der deutschen Chemie- und Pharmaindustrie: Gut 90 Prozent der Unternehmen haben weniger als 500 Beschäftigte und/oder sind familiengeführt. Gerade diese Unternehmen leiden besonders unter strukturellen Standortproblemen. In einer im November 2023 durchgeführten VCI-Umfrage benannte die Mehrheit Bürokratieaufwand, langsame Genehmigungen und neue Regulierungen als stärkste Störfaktoren – die zu großen Teilen auch aus Richtung Brüssel kommen. Erst auf Platz 2 folgten die hohen Energiepreise.

# Starke EU ist kein Selbstzweck

**Nur wenn die Erfolgsgeschichte der Europäischen Union mit einer starken Industrie als Basis fortgeschrieben werden kann, bleibt der Staatenverbund auch weiterhin ein Gewinn für seine Bevölkerung.**

Insbesondere vom Kern der EU, dem Binnenmarkt, profitieren die hier lebenden Menschen. So ist das Waren- und Dienstleistungsangebot aufgrund des europaweiten Wettbewerbs und Wegfalls nationaler Monopole besser geworden. Der Euro hat sich neben dem Dollar als wichtige Reservewährung etabliert und bietet Vorteile bei innereuropäischen Reisen und Einkäufen. Auch der Verbraucherschutz ist dank einheitlicher Regeln vorangekommen.

Solche Errungenschaften gilt es – abseits der Verdienste um Frieden und Versöhnung – zu erhalten und durch Wettbewerbsfähigkeit und gelungene Transformation stetig weiterzuentwickeln.

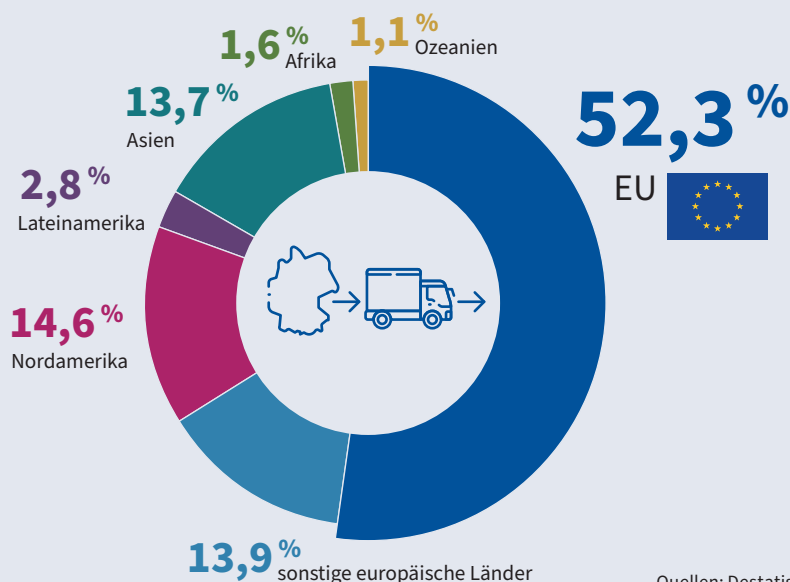
## Starke Stimme für ein starkes Europa!

Ungeachtet des zuletzt unnötig angewachsenen Regulierungsdrucks aus Brüssel sagt die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie klar „Ja!“ zu einem starken Europa. Im Vorfeld der zehnten Direktwahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni 2024 wirbt sie nicht nur für ein industriepolitisches Revival der EU, sondern auch dafür, dass möglichst viele Menschen ihre „Stimme für Europa“ abgeben.

Der VCI ist Mitglied der Europäischen Bewegung Deutschland, einem überparteilichen Netzwerk, das sich einem klaren pro-europäischen Auftrag und einer Politik der Vernunft verpflichtet fühlt.

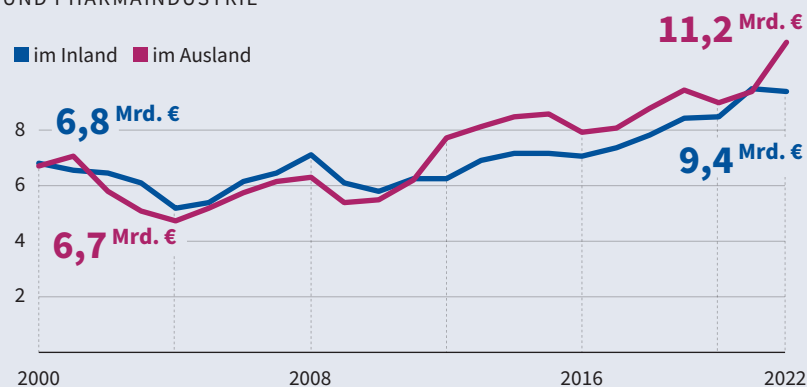


EU: HEIMATMARKT DER DEUTSCHEN CHEMIE- UND PHARMAINDUSTRIE  
EXPORTE NACH REGIONEN; 2022



Quellen: Destatis, VCI

SPÜRBARE INVESTITIONSZURÜCKHALTUNG IM INLAND  
SACHANLAGEINVESTITIONEN DER DEUTSCHEN CHEMIE- UND PHARMAINDUSTRIE



Quellen: Destatis, VCI

Noch hält die deutsche Chemie- und Pharmaindustrie Europa die Treue, doch gerade hierzulande lässt die Investitionsfreude nach.

## Unsere Forderungen für die EU-Legislatur bis 2029

Eine starke EU ist ein Gebot politischer Vernunft – nicht zuletzt, um als Verbund weiterhin auf internationaler Ebene Gehör zu finden. Eine zukunftsgerichtete Industrie- und Wirtschaftspolitik bildet die Basis dafür: **Forderungen zur Europawahl 2024 | VCI**

## Impressum

**Herausgeber** Verband der Chemischen Industrie e. V., Mainzer Landstraße 55, 60329 Frankfurt am Main, vci@vci.de, www.vci.de

**Redaktionsschluss** 15. Januar 2024 **Verantwortlich** Jenni Glaser **Agenturpartner** Köster Kommunikation, GDE Kommunikation gestalten